

**29.09.2016**

**Niederschrift 003/2016**

---

**Ausschuss für Natur und Umwelt**

am 05.09.2016 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 18:00 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Norbert Enters

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Renate Jung

Vertretung für Herrn Udo Häger

Herr Jürgen Kerl

Frau Ingrid Kroll

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

Herr Uwe Zühlke

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Heinrich Behrens

**Kreistagmitglieder CDU**

Frau Claudia Gebhard

Herr Wilhelm Jasperneite

Frau Elke Middendorf

Herr Carl Schulz-Gahmen

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Frau Bianca Dausend

Herr Hans-Heinrich Wortmann

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

**Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Dr. Hubert Seier

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Dieter Albert

## **Gäste**

Frau Dr. Ellen Richter, Landwirtschaftskammer NRW Bonn  
Herr Helmut Sommer, Wasserwerke Westfalen Schwerte  
Herr Ulrich Schulte-Ebbert, Wasserwerke Westfalen Schwerte

## **Zuhörer im nichtöffentlichen Teil**

Herr Peter Sowislo, sachkundiger Bürger GFL-Lünen/UWG-Selm

## **Verwaltung**

Herr Ludwig Holzbeck, Fachbereichsleiter  
Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Enters begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 25.08.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- |                |        |  |
|----------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b> |        | Bestellung einer Schriftführerin   |
| <b>Punkt 2</b> |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 3</b> |        | Bericht über die Verwendung von Glyphosat und weiteren Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen; Berichterstatter: Frau Dr. Richter, Landwirtschaftskammer Bonn, Herr Becker, Westfälische Wasserwerke Schwerte                            |
| <b>Punkt 4</b> | 094/16 | Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna |
| <b>Punkt 5</b> | 105/16 | Sachstandsbericht über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes; Anpassung der Beteiligungsstruktur sowie der Gesellschaftsverträge der MVA Hamm Eigentümer GmbH und der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH                                   |
| <b>Punkt 6</b> | 104/16 | Eintragung eines Nutzungs- und Wegerechts zu Gunsten der Stadt Fröndenberg ins Grundbuch   |
| <b>Punkt 7</b> |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 8** 102/16 Grunderwerb in Fröndenberg-Ardey zum Zwecke des Naturschutzes

**Punkt 9** 103/16 Grunderwerb in Schwerte zum Zwecke des Naturschutzes

**Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

### **Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin**

#### Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Ausschusses für Natur und Umwelt bestellt.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

### **Punkt 3 Bericht über die Verwendung von Glyphosat und weiteren Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen; Berichterstatter: Frau Dr. Richter, Landwirtschaftskammer Bonn, Herr Becker, Westfälische Wasserwerke Schwerte**

#### Erörterung

Frau Dr. Ellen Richter von der Landwirtschaftskammer NRW in Bonn berichtet über die Verwendung von Glyphosat und weiteren Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen. Sie erläutert mittels einer Präsentation das Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel in der EU, berichtet über den Stand der Zulassung und die Verwendung von Glyphosat in Deutschland, informiert über die Beratung des Pflanzenschutzdienstes und erläutert die Thematik Boden- und Wasserschutz. Abschließend geht sie auf die unterschiedlichen gesundheitlichen Bewertungen von Glyphosat und das Thema Rückstände in Nahrungsmitteln und im Menschen ein. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Im Anschluss folgt ein Vortrag von Herrn Dipl.-Geol. Helmut Sommer von den Westfälischen Wasserwerken Schwerte über die Bedeutung von Glyphosat und anderen Pflanzenschutzmitteln für die Trinkwassergewinnung. Herr Sommer geht anhand einer Präsentation zunächst auf die Trinkwasserversorgung im Kreisgebiet durch die Wasserwerke Westfalen ein. Danach erläutert er die Wassergewinnung und -verteilung, das Ver-

fahren der künstlichen Grundwasseranreicherung sowie das der zur weitergehenden Wasseraufbereitung. Dann berichtet er zunächst allgemein über die steigenden Umwelt- und Gewässerbelastungen durch sogenannte „moderne“ Schadstoffe, bevor er auf die Anwendung und das Umweltverhalten von Glyphosat eingeht und die regelmäßigen Kontrollen und Untersuchungsergebnisse zu Pflanzenschutzmitteln im Trinkwasser näher erläutert und bewertet. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

Herr Enters bedankt sich bei Frau Dr. Richter und Herrn Sommer für die umfassenden und informativen Vorträge und gibt dem Ausschuss Gelegenheit zu Nachfragen und Anmerkungen.

Herr Behrens erklärt, dass sich bei dieser Thematik Befürworter und Gegner seit Jahren sehr kritisch gegenüber ständen. Er als Gegner des Glyphosats gehe differenziert mit den hier erhaltenen Informationen um und weise in dem Zusammenhang deutlich darauf hin, dass das Glyphosat als Totalherbizid die Nahrungsbasis großer Teile der Insekten in den Feldern vernichte. Demzufolge werde es in den Gebieten, in denen Landwirtschaft betrieben werden, bald auch keine Kiebitze, Feldlerchen oder Rebhühner mehr geben. Der Biodiversitätsverlust sei immens. Sicherlich sei es auch eine Frage der Dosis bei der Anwendung, doch gebe es auch in Deutschland Tendenzen, hier eine gewisse „Harmlosigkeit“ vermuten zu lassen. Zudem würde in allen Untersuchungen in Sachen toxikologische Wirkung des Glyphosats über sogenannte Nebenstoffe (Tallowamine) gesprochen, die möglicherweise sogar viel toxischer seien.

Frau Dr. Richter geht auf die von Herrn Behrens angesprochenen Tallowamine ein und erklärt, dass es diese in Deutschland im Glyphosat nicht mehr gebe, in anderen Ländern schon noch. Ursächlich für den Biodiversitätsverlust sehe sie jedoch nicht allein das Glyphosat, sondern dies sei grundsätzlich eher ein Problem der Form der Landwirtschaft, die man insgesamt habe. Wenn Herbizide nicht zur Verfügung ständen, würden Landwirte durch mechanische Bearbeitung der Felder, wie eggen und pflügen, gegensteuern, um auf ihren Kulturflächen keine Konkurrenz zu haben und aus betriebswirtschaftlicher Sicht ertragreich zu sein.

Auf Wunsch von Frau Gebhard geht Herr Sommer auf das Thema Medikamentenrückstände im Trinkwasser ein und erklärt, dass Diclofenac, Metoprolol u. a. Medikamente durchaus regelmäßig gemessen würden und im Trinkwasser nachweisbar seien. Ein ganz besonderes Problem seien Röntgenkontrastmittel, bei denen man sich auch schon einmal den 100 Mikrogramm pro Liter ( $\mu\text{g/L}$ ) annähere und in Einzelfällen diese Grenze auch überschreite, sodass das Gesundheitsamt informiert werden müsse. Röntgenkontrastmittel stellten aufgrund ihrer besonderen Konsistenz für die Aufbereitungsanlagen ein großes Problem dar. Die meisten Wasserlabore ständen da noch am Anfang mit ihren Analysen und seien noch nicht so weit wie die chemische Industrie. Auf Wunsch könne dieses Thema ebenfalls für einen Vortrag in diesem Ausschuss aufbereitet werden.

Herr Wortmann bedankt sich bei Frau Dr. Richter für ihren Vortrag und ergänzt, dass seines Wissens nach die Zulassungszeit für ein Pflanzenschutzmittel bei über 10 Jahren liege und sehr kostenintensiv sei. Aus landwirtschaftlicher Sicht weise er darauf hin, dass alle in der Landwirtschaft eingesetzten Pflanzenschutzgeräte regelmäßig TÜV-geprüft werden müssten und Landwirte zudem genauestens zu dokumentieren hätten, wo welches Pflanzenschutzmittel zu welchem Zeitpunkt und warum eingesetzt worden sei. Außerdem müsse jeder Landwirt, der Pflanzenschutzmittel einsetze, über einen Sachkundenachweis verfügen. An Herrn Sommer gerichtet erklärt er, dass er als Landwirt jederzeit zu Kooperationen im Sinne aller Beteiligten bereit sei. Motto sei, auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, „Nur das Nötigste vom Nötigen“ einzusetzen. So lege auch er Lerchenfenster, Grünstreifen u. ä. an und versuche, Vieles möglich zu machen,

habe aber leider nicht den gewünschten Erfolg damit. Natürlich seien die Landwirte um eine vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft bemüht, dies sei schließlich ihre Existenzgrundlage.

Herr Kühnapfel sieht durchaus in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung die Ursache, für die dramatischen Verluste in der Feld-Flora. Die Intensivierung der Landwirtschaft durch die Verwendung von immer mehr Düngemitteln, die vielleicht ein noch größeres Problem seien als die Pflanzenschutzmittel, aber eben auch diese. Glyphosat sei da nur eines aus einer Vielzahl von Pflanzenschutzmitteln, die mit unterschiedlichen Auswirkungen eingesetzt würden und durch deren Verwendung Tieren wie Lerchen, Kiebitzen oder Rebhühner die Nahrungsgrundlage an Insekten entzogen werde. Hier sei es allerhöchste Zeit, Wege zu finden, aus dem Dilemma heraus zu kommen. Dies sei nur sehr schwierig, da an dem jetzigen Zustand nicht nur Roundup und Glyphosat schuld seien, sondern es hier eine Vielzahl von Faktoren gebe, die negativ zusammenwirken und die Umwelt verschlechtern würden. Für verwirrend halte er die verschiedenen Studien, die unter Verwendung unterschiedlicher Kriterien mal zu dem Ergebnis kämen, Glyphosat sei krebserregend, dann aber wieder nicht. Seines Erachtens könne man es doch nicht zulassen, solange noch irgendeine Studie auf dem Weg sei, die immer noch feststelle, dass es doch eine krebserregende Wirkung haben könnte. Es lasse sich ganz eindeutig eine Tendenz in der Bevölkerung erkennen, die sage, dass sie solche Stoffe nicht im Essen haben und solche Nahrungsmittel auch nicht kaufen wolle. Dies werde auch an der zunehmenden Zahl von Bioabteilungen in den Lebensmittelmärkten deutlich, die immer mehr frequentiert würden. Dies bedeute, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung immer niedriger gegenüber solchen landwirtschaftlichen Produkten werde, was irgendwann zu einem Riesenproblem werden und die Landwirtschaft dazu zwingen könne, sich umorientieren zu müssen.

Frau Dr. Richter führt aus, dass man bei keiner Substanz oder Sache belegen könne, dass etwas nicht gefährlich ist. Dieser Beleg sei unmöglich. In vielen Fällen sei die Gefährdung abhängig von der Dosis. Demnach müsste man sehr Vieles verbieten, von dem nicht eindeutig belegt sei, dass es nicht gefährlich sei. Es sei eben eine Frage der Bewertung, ob von einer Sache etwa eine grundsätzliche Gefahr ausgehe oder ob man sich vor der Gefahr, die von einer Sache ausgehe, schützen könne? Und wenn es eine Entwicklung in Richtung Ökologie gebe, würden sich die Betriebe darauf einstellen, und dann werde man diese auch begleiten. Es seien jetzt erst zwei Beraterinnen eingestellt worden, die sich mit der Biodiversität beschäftigen. Letztendlich entscheide die Gesellschaft über die Landwirtschaft, die sie haben wolle.

Frau Heinrichsen weist darauf hin, dass die Begriffe „Risiko“ und „Gefahren“ zu unterscheiden seien. Der Begriff Risiko werde vor allem im EU-Bereich verwendet und beziehe sich in der Risikobewertung auf die zulassungsgemäße Anwendung und das damit bestehende Risiko. Der Gefahrenbegriff dagegen sei alles, was so passieren könne. Dies seien unterschiedlichen Begriffe, die in der Diskussion nicht klar genug herausgestellt würden und damit dann zu Problemen führten.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt Herr Enters an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt und verabschiedet die Referenten.

**Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna**

Erörterung

Herr Enters weist darauf hin, dass der zu fassende Beschluss sich auf die Punkte 1, 2 und 4 des Beschlussvorschlages der vorliegenden Drucksache beschränkt, da noch keine Personen für die Wahl als ordentliche bzw. stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsrat der AöR (s. Punkt 3 des Beschlussvorschlages) benannt wurden. Die Einrichtung dieser öffentlichen Anstalt sei bereits in den Kommunen Bönen und Holzwickede durchgelaufen. Der Kreis Unna sei in diesem Zusammenhang jetzt der dritte Partner. Einzelheiten seien der Drucksache zu entnehmen gewesen oder bereits in den Kommunen besprochen worden.

Hauptbeweggrund für die Errichtung dieses gemeinsamen Kommunalunternehmens sei, so Herr Holzbeck, die Kostenersparnis für den Bürger gewesen und maßgeblich für die Beteiligung des Kreises Unna, dass die Wertstoffeffassung über den Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden abgewickelt werde und die Beseitigungs- und Verwertungsanlagen optimaler ausgelastet würden.

Frau Symma signalisiert für die SPD-Fraktion Zustimmung zu dieser Drucksache. Auch sie erhofften sich Sparpotenzial für den Gebührenzahler durch Synergieeffekte, die durch dieses Unternehmen öffentlichen Rechtes dann erzielt werden könnten und würden sich wünschen, dass vielleicht auch andere Städte diesem Beispiel folgen würden, um letztendlich auch weitere Synergieeffekte zu ermöglichen

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna wird zugestimmt.
2. Die in der Anlage abgedruckte Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „GWA Kommunal Anstalt öffentlichen Rechts“ wird beschlossen.
3. (Punkt 3 vom Beschluss ausgenommen)
4. Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, alle weiteren zur Gründung des Kommunalunternehmens notwendigen Maßnahmen einschließlich der Beendigung gegebenenfalls bestehender Drittbeauftragungen zu vollziehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Erörterung

Frau Symma erklärt auch hier die grundsätzliche Zustimmung seitens der SPD-Fraktion zu dieser Drucksache. Zur Synopse des Gesellschaftsvertrages der MVA Hamm Eigentümer GmbH (Anlage 2 der Drucksache) beantragt sie folgende Änderungen: Im neuen Gesellschaftsvertrag der MVA Hamm Eigentümer GmbH wird in § 9 (Fachbeirat) unter Punkt 7 im zweiten Satz „Die Einberufung hat in der Regel schriftlich zu erfolgen.“ hinter „schriftlich“ das Wort „/postalisch“ ergänzt. Zudem wird der Punkt 12 (im alten Vertrag Punkt 11) nicht gestrichen. Sie begründet dies damit, dass die Einberufung der Sitzungen des Fachbeirates, in der Regel im Moment per E-Mail, also elektronisch, erfolgen würde und es passieren könne, dass die Sitzungseinladung in der täglichen E-Mailflut untergehe. Daher solle die Einladung per Post erfolgen. Außerdem solle auch weiterhin, der Bedeutung des Fachbeirats angemessen, ein Protokoll über die dort geführten Diskussionen erstellt und der entsprechende Passus daher nicht gestrichen werde.

Herr Dr. Seier kündigt an, dass er sich bei der Abstimmung über diese Drucksache enthalten werde. Hintergrund sei der, dass die UWG schon damals beim Abfallwirtschaftskonzept Probleme mit dieser Art von Verträgen gesehen habe, bei denen „Bring- or Pay“-Verpflichtungen eingegangen würden, mit festen Verbrennungskontingenten. Positiv an diesem ganzen Vorgehen sei, dass jetzt endlich eine etwas bessere Struktur in die MVA Hamm-Gesellschaften hinein käme, von ehemals sieben Gesellschaften jetzt künftig zwei. Dies sei vernünftig und zu unterstützen. Auch die Drucksache sei sehr vernünftig und ausgewogen. Des Weiteren halte er ein Verbrennungsentgelt von 30 Euro weniger - 240 statt 270 Euro - für gut, aber sicherlich immer noch auf hohem Niveau. Erläutert hätte er gerne den Passus in der Drucksache, dass der Landrat über alternative Gebührenmodelle nachdenke.

Herr Holzbeck führt zunächst aus, dass es nicht um 270 Euro Verbrennungsentgelt gehe, sondern um ein Verbrennungsentgelt von 175 Euro. Man müsse immer sehen, dass die Restmüllgebühr nicht das Verbrennungsentgelt sei. Es seien also 175 Euro, die um die möglichen Einsparungen in Größenordnungen um die 40 Euro oder eher mehr zu reduzieren seien. Wobei bewusst in der Drucksache stehe, dass dies der Preisstand 2012 sei. Es sei schwierig jetzt in 2016, ausgehend vom jetzigen Verbrennungspreis über einen zukünftigen im Jahr 2018 zu sprechen, da durch allgemeine Preisanpassungen die Kosten höher sein werden. Das Thema „veränderte Gebührenmodelle“ begleite den Kreis schon länger. Vor gut 10 Jahren sei bereits einmal eine gemeinsame Veranstaltung mit Verwaltung und Politik, also Kreis und allen 10 Städten und Gemeinden sowie zwei Gutachtern, durchgeführt worden, wo man diese Themen diskutiert habe und zwar unter dem Gesichtspunkt der Umstellung der Abrechnung auf eine Personengebühr. Es mache nur keinen Sinn, wenn nur der Kreis ein Gebührensystem umstelle und die Kommunen nicht mitziehen würden. Man habe es immer wieder angesprochen. Die Resonanz aus den Städten, sowohl bei der großangelegten Veranstaltung mit der Politik zusammen sei sehr verhalten gewesen und auch jetzt würden sich die Vertreter der Städte und Gemeinden bei dem Thema in großer Zurückhaltung üben.

Frau Middendorf ergänzt, dass Hintergrund der Diskussionen auch immer war, die zu belohnen, die Müll einsparen. Es müssten dabei alle Facetten betrachtet werden.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, geht Herr Enters zur Abstimmung über. Auf seine Nachfrage hin, herrscht Einvernehmen darüber, dass der Beschlussvorschlag um den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion erweitert wird. Dann lässt er über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

#### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Erhöhung des Anteils der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) an der MVA Hamm Eigentümer GmbH (MVA E) von derzeit 16,26 % auf 31,95 % und des Anteils an der MHB Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) von derzeit 1 % auf 31,95 % wird zugestimmt.
2. Den in der Anlage dargestellten Anpassungen der Gesellschaftsverträge der MVA E und der MHB wird zugestimmt. Gleichzeitig wird bereits jetzt Änderungen zugestimmt, die ggf. noch im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens oder der notariellen Beurkundung erforderlich werden, solange diese die wesentlichen Regelungen der Gesellschaftsverträge nicht verändern.
3. Der Beendigung der Beteiligung der VBU an der MVA Hamm Betreiber GmbH und der MVA Hamm Betreiber Holding GmbH ab dem 01.01.2018 wird zugestimmt.

Den Vertretern des Kreises Unna in den Gremien der VBU und der betroffenen Tochtergesellschaften wird empfohlen, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

#### Änderung in der Anlage 2 der Drucksache:

Im neuen Gesellschaftsvertrag der MVA Hamm Eigentümer GmbH (Anlage 2 zur DS 105/16) wird in § 9 (Fachbeirat) unter Punkt 7 im zweiten Satz „Die Einberufung hat in der Regel schriftlich zu erfolgen.“ hinter „schriftlich“ das Wort „/postalisch“ ergänzt. Zudem wird der Punkt 12 (im alten Vertrag Punkt 11) nicht gestrichen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung GFL/UWG)

### **Punkt 6    104/16            Eintragung eines Nutzungs- und Wegerechts zu Gunsten der Stadt Fröndenberg ins Grundbuch**

#### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Unna verpflichtet sich der Stadt Fröndenberg auf einem Grundstück die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit für die Anlage und Nutzung eines Regenwasserrückhaltebeckens samt Nebenanlagen zu bewilligen. Der Landrat wird beauftragt eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**1. Sanierung der ehemaligen Zeche und Kokerei 3 / 4 in Unna-Massen**

Herr Holzbeck teilt mit, dass er vom AAV (Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung), der die Federführung bei der Abwicklung habe, erstmals einen Fahrplan erhalten habe, wie es dort weitergehe. Danach sei die Ausschreibung der Ingenieurdienstleistung jetzt abgeschlossen. Die konkrete Auswahl werde im Oktober sein. Über den Jahreswechsel hinaus würden die Verdingungsunterlagen erstellt. Anschließend würden die Leistungen ausgeschrieben und vergeben, und danach gebe es die ersten Räumungen der Lagerflächen. Dies müsse noch mit dem Nutzer dort abgestimmt werden, so dass dann laut Zeitplan im Juni 2017 dort der erste Sanierungsabschnitt saniert werde. Dann komme schließlich der zweite ein Jahr später dran, sodass gemäß Zeitplan Ende November 2018 alles abgeschlossen sein solle. Der zweite Abschnitt brauche deutlich länger, da er wesentlich größer sei. Allerdings habe der federführende Projektingenieur mitgeteilt, dass dies eine Vorhersage über eine Projektlaufzeit von zwei Jahren sei und die Erfahrung gezeigt habe, dass zu diesem frühen Zeitpunkt ein verlässlicher Terminplan über einen solchen Zeitraum nicht verbindlich zu erstellen sei.

**2. Unterpflügung öffentlicher Flächen durch die Landwirtschaft**

Herr Behrens bezieht sich auf Erhebungen in anderen Kreisen, wonach im Kreis Coesfeld 80 Hektar und im Kreis Steinfurt sogar 400 Hektar öffentliche Fläche illegal von Landwirten unter den Pflug genommen worden seien. Er fragt an, ob es möglich sei, dies auch für den Kreis Unna zu erfassen und zu quantifizieren. Dies könne eine Grundlage auch für eine weitere Diskussion in den Kommunen vor Ort darstellen.

Herr Holzbeck teilt mit, dass man auch schon einmal überlegt habe, solch eine Erstausswertung zu versuchen, vielleicht zusammen mit Fröndenberg und Unna, da man dort eine Vogelschutzzone habe. Dies könnte man jetzt eventuell noch einmal als Ansatz nehmen. Das sei sicherlich ein Thema, aber er könne nicht zusagen, dass das alles kurzfristig aufzubereiten sei. Dies seien immense Auswertungsarbeiten und Abfragen bei den Städten und Gemeinden. Wenn es aber der Wunsch des Ausschusses sei, werde die Verwaltung dies tun.

Herr Enters stellt fest, dass die Verwaltung diesen Auftrag nun ohne Zeitdruck in Angriff nehmen solle.

**3. Bauarbeiten am Lärmschutzwall Kamener Kreuz**

Frau Middendorf fragt an, welcher Art genau die Bauarbeiten am Lärmschutzwall im Bereich des Kamener Kreuzes, auf der nordwestlichen Seite an der unteren Sohle seien und wer dafür verantwortlich sei.

Herr Holzbeck führt aus, dass dieser Abschnitt in Verantwortung des Kreises sei und die Pflege bei den Straßenbauern des Kreises liege. Welche Arbeiten dort zurzeit genau ausgeführt würden und von wem, könne er momentan nicht sagen. Vermutlich handele es sich um die Vorflutherstellung durch das Autobahnamt. Er werde dies nachprüfen lassen.

**4. Fischsterben im Kortelbach**

Herr Wortmann fragt an, wodurch das Fischsterben im Kortelbach verursacht worden sei.

Herr Holzbeck teilt mit, dass sich in der Uelzener Heide an einem provisorischen Überlauf zwischen Rein- und Schmutzwasser, vermutlich durch einen Schmutzstoß, ein Pfropf gebildet habe und dadurch das häusliche Abwasser der Stadt Unna über einen kurzen Zeitraum unbehandelt über den Kortelbach in den Heerener Mühlbach gelaufen sei. Aufgrund des Mangels an Sauerstoff im Wasser sei es zu dem Fischsterben gekommen. Die Ursache sei jetzt behoben und es gebe Überlegungen, den Überlauf vielleicht noch einmal zu ertüchtigen, um mehr Vorkehrungen zu haben. Ansonsten habe sich die Situation dort nach wenigen Tagen wieder relativ beruhigt, wobei man bei dem Fischbesatz, nun auf Zuwanderung vom Ober- und Unterlauf hoffe.

### Anlagen

1. Präsentation über die Verwendung von Glyphosat und weiteren Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen | Bericht Frau Dr. Ellen Richter
2. Präsentation über Glyphosat und weitere Pflanzenschutzmittel und deren Bedeutung bei der Trinkwassergewinnung | Bericht Herr Dipl.-Geol. Helmut Sommer

gez. Susanne Kronenberg  
Schriftführerin

gez. Norbert Enters  
Vorsitzender